

## **Niederschrift** **über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 20.10.2022
<b>Sitzungsbeginn:</b>	19:13 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:25 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	im großen Sitzungssaal des Rathauses

---

### **Anwesend sind:**

#### **Als Vorsitzender:**

Redelberger, Thomas, Bürgermeister

#### **Ratsmitglieder:**

Barth, Tobias	SPD
Bauer, Hartmut	CDU
Bernauer, Mark	CDU
Britz, Tim	SPD
Franke, Jörg	parteilos
Hill, Hans-Kurt	GLN Klimabunt
Kaninke, Werner	AfD
Kiel, Johannes	CDU
Krebs, Ulrich	FDP
Lafontaine, Hans Gerhard	Bündnis 90/Die Grünen
Lesch, Bruno	CDU
Maas, Helmut	CDU
Mailänder, Herbert	SPD
Meisberger, Patrik	CDU
Michaelis, Friedrich	CDU
Monz-Schwarz, Katharina	GLN
Mund, Sascha	SPD
Näckel, Kilian	CDU
Reimann, Peter, Dr.	SPD
Roos, Denis	SPD
Ruloff, Harry	Bündnis 90/Die Grünen
Schmidt, Manfred	CDU
Schmidt, Stefan	SPD
Schwindling, Jörg	CDU
Steinrücken, Ulrich, Dr.	GLN
Trappmann, Claudia	SPD
Wachall, Richard	CDU
Woll, Peter	CDU
Zimmer, Reiner	SPD

#### **Von der Verwaltung:**

Groß, Stefan	bis TOP 8.7 / 21:25 Uhr
Mack, Ursula	bis TOP 8.7 / 21:25 Uhr
Nowack, Heike	bis TOP 8.7 / 21:25 Uhr
Ringe, Markus	
Schlicher, Sylvia	ab TOP 7 / 20:45 Uhr bis 21: 25 Uhr
Thinnes, Klaus	bis TOP 8.7 / 21:25 Uhr

## **Von der Gemeindegewerke Heusweiler GmbH:**

Schramm, Torsten

bis TOP 8.7 / 21:25 Uhr

## **Schriftführerin:**

Maurer, Marion

## **Presse:**

Dittgen, Fredy

Saarbrücker Zeitung

bis TOP 5 / 20:45 Uhr

## **Entschuldigt fehlt/fehlen:**

Kopp, Pascal

FDP

Luksic, Oliver

FDP

Neuhardt, Jörg

SPD

Blanckenhorn, Dirk

GLN Klimabunt

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Bekanntmachung der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 29.09.2022
- 2 Forstwirtschaftspläne 2023/2023  
Vorlage: BV/0121/22
- 3 Zusätzliche Personalbedarfe in den Kindertagesstätten bei einer erweiterten Öffnungszeit von 06.00 Uhr bis 18.00 Uhr  
Vorlage: BV/0126/22
- 4 Fortschreibung Schulentwicklungsplan der Grundschulen in der Gemeinde Heusweiler  
Vorlage: BV/0124/22
- 5 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung  
Vorlage: BV/0117/22
- 6 Mitteilungen und Verschiedenes

### **Nichtöffentlicher Teil**

- 7 Vergabe von Lieferungen und Leistungen
  - 7.1 Erhöhung der eingestellten Kosten für die Anlegung eines öffentlichen Grillplatzes im Ortsteil Wahlschied  
Vorlage: BV/0129/22
  - 7.2 Erhöhung der eingestellten Kosten für die Neugestaltung des Brunnenplatzes in Wahlschied  
Vorlage: BV/0131/22
  - 7.3 Vergabe der Brunnenarbeiten an die Firma AquaActiv  
Vorlage: BV/0137/22

- 7.4 Erweiterung des Baubetriebshofes - Zustimmung zu überplanmäßigen Auszahlungen  
Vorlage: BV/0132/22
- 8 Mitteilungen und Verschiedenes
- 9 Personalangelegenheiten
- 9.1 Höhergruppierung eines Beschäftigten  
Vorlage: BV/0103/22
- 9.2 Einstellung von Personal für den Baubetriebshof  
Vorlage: BV/0135/22

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Bekanntmachung der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 29.09.2022**

Der Vorsitzende verliest nachfolgende Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 22.09.2022:

- Der Gemeinderat stimmt der Auftragsvergabe an die Fa. Schirra Bauunternehmen GmbH, für die Neuherstellung von Urnenbodendeckergräber auf dem Friedhof in Holz zu.
- Der Gemeinderat gibt dem Antrag des Investors auf Teiländerung des Bebauungsplanes „Hinter dem Krepp“, 2. BA betreffend der Flurstücke 129, 130 der Flur 2, Gemarkung Niedersalbach bei Kostenübernahme der Verwaltungsgebühr und der Planungskosten statt mit der Maßgabe, dass dort 3 Reihenhäuser mit 2 Vollgeschossen entstehen und im Bebauungsplan eine Höhenvorgabe festgelegt wird.
- Der Gemeinderat beschließt, dem Antrag zur Aufstellung eines Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren gem. § 13 b BauGB für die Flurstücke 158/9 und 159/1, Flur 3 in der Gemarkung Lummerschied zur Errichtung eines Wohngebäudes mit Garage bei Kostenübernahme der Verwaltungsgebühr und der Planungskosten nicht stattzugeben.
- Der Gemeinderat billigt den Erschließungsvertrag mit der Novum Innovativbau GmbH zur Erschließung der Oberen Stichstraße des Bebauungsplans Oben am Reisweiler Weg im Ortsteil Heusweiler in der vorliegenden Fassung und beauftragt die Verwaltung, den Vertrag abzuschließen.
- Der Gemeinderat stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, sich mit dem Projekt „Reaktivierung des Lehrschwimmbeckens“ im Ortsteil Eiweiler an dem Interessenbekundungsverfahren zum Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ zu beteiligen und beauftragt die Verwaltung die hierzu erforderlichen Unterlagen bis zum 30.09.2022 einzureichen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Schulturnhalle als Nachmittagsbetreuung umgenutzt werden soll.
- Die Erzieherin Sarah-Jane Kistner wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt unbefristet als Teilzeitbeschäftigte mit einer regelmäßigen durchschnitt-

lichen wöchentlichen Arbeitszeit von 30,0 Stunden für die Kindertagesstätte Holz eingestellt. Als Ersatzkandidatin wird die Bewerberin Nicole Cafuta festgelegt.

- Die Erzieherin Julie Weydmann wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt befristet als Vollbeschäftigte für die Kindertagesstätte Lummerschied eingestellt. Das Arbeitsverhältnis wird befristet für die Dauer des Beschäftigungsverbot, des Mutterschutzes sowie einer ggf. daran anschließenden Elternzeit der Erzieherin Sarah Kraß. Als Ersatzkandidatin wird Nicoline Penth festgelegt.

## **zu 2      Forstwirtschaftspläne 2023/2023**

### **Vorlage: BV/0121/22**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es im Betreff „Forstwirtschaftspläne 2023/2024“ heißen müsse.

Herr Dr. Reimann merkt an, dass seinerzeit seitens der SPD kritisiert worden sei, dass die Preise zu niedrig angesetzt wurden. Hier hätte ein höherer Preis angesetzt und geplant werden können, angepasst an das Saarforstniveau. Des Weiteren hätten die Kollegen im Ausschuss vorgeschlagen, dass das Holz vorrangig an die Heusweiler Bürger bzw. die Mitarbeiter der Gemeinde zu veräußern sei. Er halte dies für eine gute Lösung. Ebenso sei es gut, den Überschuss in die Aufforstung zu stecken. Man könne mit Sicherheit auch ein anderes Konzept entscheiden, was jedoch langfristig im Gemeinderat diskutiert werden müsse. Die SPD-Fraktion stimme den Forstwirtschaftsplänen 2023/2024 zu, unter Berücksichtigung der genannten Änderungsvorschläge.

Herr Bernauer bezieht sich auf die Äußerungen im Ausschuss, wonach im Jahresabschluss die Aufforstungen und Jungbestandspflege extra aufgeführt werden sollten, um die Erneuerung des Waldes erkennen zu können.

Der Vorsitzende sagt zu, dass dies mit dem Förster abgeklärt werde.

Herr Dr. Steinrücken bezieht sich auf die Anlage zum Forstwirtschaftsplan 2023 aus der hervorgehe, dass Stammholz von Buchen und Eichen verkauft wurden. In der Relation zu 2024 sei deutlich weniger Brennholz gemacht worden. In 2024 liege der Schwerpunkt auf Brennholz und es sei in der Relation nicht so viel Stammholz in der Planung. Er wisse man könne nur einschlagen, was man habe, jedoch sollte das Ziel die Erwirtschaftung und der Verkauf des Stammholzes sein.

Der Vorsitzende teilt mit, wenn er sich recht entsinne, sei viel Borkenkäferbefall dabei gewesen, ebenso wie geschädigtes Holz. Man werde es gerne im Detail erfragen.

Herr Krebs hält fest, die Forstwirtschaftspläne 2023 und 2024 seien von den Zahlen und Inhalten her in Ordnung. Es fehle ihm jedoch jede Information zum Nachwuchs des Waldes, ob dieser auf natürliche Weise erfolge soll oder durch gezielte Bepflanzungen, aufgrund der Anpassung an klimatische Bedingungen. Er werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Der Vorsitzende merkt an, dass dies im Ausschuss besprochen worden sei.

Herr Zimmer hätte, hinsichtlich des Überschusses aus 2021 in Höhe von 53.000 €, gerne von Frau Mack erfahren, ob dies für die Folgejahre gesichert werden könnte, eventuell für entstehende Aufforstungen. Da eine sukzessive Umgestaltung des Waldes erfolgen müsse, sei dies anhand einer natürlichen Aufforstung in Teilbereichen nicht möglich, wie beispielsweise beim geschädigten Fichtenwald. Es stelle sich ihm die Frage, ob der Rat einen entsprechenden Beschluss fassen sollte, wonach der Betrag von 53.000 € auf einem Sonderkonto hinterlegt und explizit für Aufforstungsmaßnahmen verwendet werden könne. Hierbei sollte ein jährlicher Zugriff gewährleistet sein.

Frau Mack erläutert, dass man für das Jahr 2021 etwas spät dran sei, weil man den Jahresabschluss schon soweit aufgestellt habe und sich in der Prüfung befinde. Dies könne für das Jahr 2022 geprüft werden. Des Weiteren habe man in 2022 und 2023 Gelder aus der Ausgleichsmaßnahme Saarbahn, welche ebenfalls für die Aufforstung verwandt werden könnten.

Herr Zimmer denkt, dass bei der Beschlussfassung hinsichtlich des Überschusses auch die 53.000 € enthalten seien, so dass Frau Mack beim Beschluss über die Verwendung des Überschusses einen entsprechenden Beschluss vorbereiten könne.

Frau Mack sagt eine Prüfung zu.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende über die Beschlussempfehlung des Personal- und Finanzausschusses abstimmen.

#### **Einstimmiger Beschluss bei 1 Stimmenthaltung (FDP):**

„Der Gemeinderat stimmt den vorgelegten Forstwirtschaftsplänen für die Jahre 2023 und 2024 zu.

Der Verkauf von Brennholz soll

1. an Heusweiler Bürger und
2. an Mitarbeiter der Gemeinde

in haushaltsüblichen Mengen erfolgen.“

### **zu 3      Zusätzliche Personalbedarfe in den Kindertagesstätten bei einer erweiterten Öffnungszeiten von 06.00 Uhr bis 18.00 Uhr** **Vorlage: BV/0126/22**

Der Vorsitzende informiert, der Gemeinderat habe den Beschluss gefasst die Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten auszuweiten und die Verwaltung mit der Prüfung beauftragt, wie viele Stunden in Abstimmung mit dem Landesjugendamt benötigt würden. Dies sei erfolgt, wonach eine Berechnung in Höhe von 153 Stunden aufgegliedert auf die einzelnen Kitas erfolgt sei. Darüber hinaus habe Frau Kunz als pädagogische Gesamtleitung, mit den Leitungen der Einrichtungen überlegt, ob auf dieser Basis überhaupt eine Umsetzung des Systems möglich sei. Hierbei sei man zum Ergebnis gekommen, dass dies nicht der Fall sei, weil die Arbeitszeit nicht 12 Stunden, sondern nur 10 Stunden betragen könne. Da viel Teilzeitpersonal vorhanden sei, müsste eine Umschichtung stattfinden. Frau Kunz habe in Zusammenarbeit mit den Leitungen der Einrichtungen einen höheren Bedarf von 255 Stunden ermittelt. Dieser sei aufgeteilt auf Kutzhof 78, Holz 78, Heusweiler 39, Lummerschied 30 und Wahlschied 30 Stunden. Klar sei, dass alles, was über die 153 Stunden hinausgehen würde, von der Gemeinde selbst zu tragen

wäre, sollten nicht die Fördergeber einer entsprechenden Erhöhung zustimmen. Seitens des Landesjugendamtes werde der Bedarf an Stunden jedoch nicht anhand der Dienstpläne errechnet. Bei einer Umsetzung müsse von 255 Stunden ausgegangen werden.

Herr Thinnes führt aus, dass aufgrund der Rückfrage beim Regionalverband, klargestellt worden sei, dass der entsprechende Bedarf tatsächlich vorhanden sein müsse, damit die anvisierten Stunden, bezuschusst würden, d. h. es gebe auch eine flexible Gestaltung. Somit könne man sagen, dass auch die 153 Stunden nicht gesichert seien.

Der Vorsitzende hält fest, sollte der Bedarf darunterliegen, müsse ein größerer Anteil von der Gemeinde selbst getragen werden. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung gegen die Umsetzung des Systems gewesen sei, aber dem Rat die Entscheidung obliege. Er wolle nochmals festhalten, dass es schwierig bis unmöglich sein werde, diese Stunden zu besetzen, da man bereits für die regulären Stellenbesetzungen nicht ausreichend Personal finde. Ihm sei von vielen Stellen angedeutet worden, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter Umständen anderweitig umschaufeln werden, da eine Umstrukturierung der Dienstpläne aufgrund der eigenen familiären Situationen nicht möglich sei. Dies könnte unter Umständen bedeuten, weiteres Personal zu verlieren. Daher wolle er den Rat eindringlich bitten zu überlegen, doch Abstand von der Umsetzung des Systems zu nehmen. Die vorgelegte Unterschriftenliste der Eltern der Kita Kutzhof gegen die neuen Betreuungszeiten enthalte ca. 55 Unterschriften, so dass zu Grunde gelegt werden könne, dass zumindest in Kutzhof der Bedarf nicht vorhanden sei. Er verweist auf die vorliegenden Änderungsanträge von FDP und SPD und eröffnet die Diskussion.

Herr Krebs teilt mit, die FDP-Fraktion schlägt folgende Änderung vor: „Der Gemeinderat möge beschließen, im Kleine Leute Haus in Heusweiler und/oder der Kita Holz ab dem kommenden Jahr je eine Gruppe mit der Öffnungszeit von 6:00 Uhr bis 18:00 Uhr einzurichten. Die Verwaltung kann im Rahmen der personellen Möglichkeiten entscheiden, ob eine solche Gruppe in einer oder in beiden Kitas umgesetzt wird. Kinder, deren Eltern eine frühe (ab 6:00 Uhr) oder eine späte (bis 18:00 Uhr) Betreuung wünschen, werden bevorzugt dieser Gruppe zugeordnet. Nach der Einführung zum 01.01.2023 soll eine erste Evaluation zu diesen Gruppen mit langer Öffnungszeit zum Ende des Jahres 2023 erfolgen.“ Zur Begründung: Man habe heute eine Unterschriftenaktion von den Eltern aus Kutzhof erhalten, die sich gegen längere Öffnungszeiten aussprechen. Die Fragebogenauswertung der Elternbefragung habe jedoch ergeben, dass tatsächlich ein nicht unerheblicher Anteil von Eltern frühere oder längere Öffnungszeiten wünschen. Dieser Elternwille sollte nicht ignoriert und ein pragmatischer Ansatz gefunden werden. Eine Umsetzung in allen Kitas der Gemeinde halte die FDP-Fraktion für organisatorisch und finanziell kaum machbar und wahrscheinlich auch nicht für notwendig. Allerdings die Akquise von Personal für alle Kitas und Gruppen erscheine derzeit absolut unmöglich, weshalb eine praktikable Lösung benötigt werde. Für ein bis zwei Gruppen sollte die Personalisierung realistischer Weise möglich sein. Die Verwaltung solle nach Vorschlag der FDP einen Ermessensspielraum in der Umsetzung erhalten, je nachdem wie sich die Personalsituation darstelle. Man hätte damit einen Einstieg in elternfreundliche Öffnungszeiten, selbstverständlich unter der Berücksichtigung der maximal möglichen Verweildauer eines Kindes in der Kita. Eine Evaluation mache den

Bedarf der Eltern dann noch einmal deutlich und sichtbar und ermögliche unter Umständen eine organisatorische Optimierung.

Der Vorsitzende stellt beim Blick auf den Antrag fest, dass eine mögliche Umsetzung im Kleinen Leute Haus keinen Sinn mache, da man im kommenden Jahr gruppentechnisch keine neuen Kinder aufnehmen könne. Er möchte nochmals seine Äußerung aus der letzten Gemeinderatssitzung wiederholen, dass er eine Einführung in einer oder zwei der bestehenden Einrichtungen für äußerst schwierig und nicht praktikabel erachte. Man wisse nicht, ob der ermittelte Bedarf nach der Umsetzung noch gegeben sei und in Anspruch genommen werde. Er habe im Rat geäußert, wenn der Rat dies wolle, dann sollte eine Umsetzung in allen Einrichtungen erfolgen. Es stelle sich die Frage, was geschehe, wenn die Plätze belegt seien oder von Menschen in Anspruch genommen würden, die andere Alternativen hätten, als die beispielhaft aufgeführte alleinerziehende Krankenschwester. Er halte es für nicht praktikabel. Er glaube, dass dies zu heillosen Diskussionen führen werde, ohne sachliche Argumentation. Positiv sehe er den Willen der FDP, der Verwaltung die Möglichkeit zu geben, es personaltechnisch abzuschätzen, da man wisse wie schwierig es in allen Bereichen sei geeignetes Personal zu finden.

Herr Krebs merkt an, dass man, hinsichtlich der Lokalisierung zweier Gruppen, schlicht und ergreifend davon ausgegangen sei, eine Kita im unteren und oberen Bereich der Gemeinde zu wählen. Auf die Lokalisierung könne verzichtet und der Verwaltung für eine sinnvolle Umsetzung freie Hand gegeben werden. Er bitte darum, den entsprechenden Passus im Änderungsvorschlag der FDP-Fraktion wegzulassen.

Herr Stefan Schmidt verweist auf den Beschluss des Gemeinderates hinsichtlich der Ausweitung der Öffnungszeiten. Seitens der SPD-Fraktion werde dies pädagogisch für wünschenswert erachtet, um der Lebensrealität der Eltern aufgrund der Befragung Rechnung zu tragen. Die Situation hinsichtlich der Personalgewinnung werde nicht verkannt, allerdings sei das Bewerberfeld in der letzten Vorstellungsrunde nicht so schlecht gewesen.

Die SPD wolle unter den Rahmenbedingungen nicht noch eine zusätzliche Belastung für das Personal und die pädagogische Arbeit mit den Kindern in die Einrichtungen bringen. Deshalb habe man gesagt, dass die Ausweitung der Öffnungszeiten zunächst einmal ausgesetzt werden solle, bis sich die Situation normalisiert habe. Gleichzeitig soll, sofern die Situation mit den hohen Krankenständen bestehen bleibe, etwas unternommen werden, um die pädagogische Arbeit mit den Kindern sowie den Betreuungsschlüssel zu verbessern. Laut Auswertung der Bertelsmann Stiftung liege der Personalschlüssel im Saarland bei 10,5 Kinder pro Erzieher/in im Krippenbereich. Bundesweit seien es 8 Kinder pro Erzieher/in. Man sei in der Haushaltslage so gut aufgestellt, dass man entsprechend die Spielräume gerne nutzen wolle. Man nehme die 153 Stunden, die das Landesjugendamt entsprechend errechnet habe und gebe dies als zusätzliches Deputat entsprechend in jede Einrichtung, so dass sich die Situation für das Personal und die pädagogische Arbeit mit den Kindern verbessere. Dies könne man mit dem neuen Stellenplan entsprechend umsetzen und im nächsten Jahr sehen, wie man hiermit vorankomme. Wenn man relativ schnell auf die 153 Stunden komme, weil wieder mehr geeignetes Personal auf dem Markt sei, dann könne man im Gemeinderat den zweiten Schritt wagen, um auf die 255 Stunden zu gehen. Die SPD gebe dem Vorsitzenden Recht, dass der errechnete Personalschlüssel nichts mit der Realität in den Einrichtungen oder den Dienstplänen zu tun habe. Daher werbe man

herzlich um die Zustimmung zu dem Abänderungsantrag der SPD, weil dieser pragmatisch sei und Luft zur Umsetzung biete. Zum FDP-Antrag wolle er sagen, dass die SPD positiv anerkenne, dass dieser einen Einstieg in geänderte Öffnungszeiten und mehr Lebensqualität darstelle. Allerdings sehe die SPD praktikable Probleme bei der Umsetzung, so lange nicht ausreichende Kita-Plätze vorhanden seien. Er glaube, so lange nicht in jedem Ortsteil genügend Plätze zur Verfügung stehen würden, sei eine Umsetzung nicht praktikabel und werde zu Diskussionen führen.

Der Vorsitzende merkt an, dass er sich im Laufe der Woche über diese Idee mit Herrn Schmidt ausgetauscht habe. Die 153 Stunden seien derzeit im Stellenplan nicht enthalten, d. h. man könne die 153 Stunden gar nicht umsetzen, weder beim Antrag der SPD noch beim Antrag der FDP, bevor nicht der Stellenplan bei der Haushaltsberatung geändert werde. Unabhängig davon, wieviel Stunden zusätzlich aufgenommen würden, ohne einen Systemwechsel damit zu verbinden und „nur“ einen Qualitätswechsel zur Entlastung des Personals zu erreichen, werde weder Landesjugendamt noch Kommunalaufsicht mittragen. Es handele sich hierbei um eine freiwillige Ausgabe, die so nicht zu tätigen sei. Er gibt zu bedenken, dass man, trotz vielleicht guter Haushaltslage, immer noch Sanierungskommune sei. In der Gemeinde habe man ein bestehendes System, bei dem es zu komplex und nahezu nicht umsetzbar sei und zu viele Hürden parallel genommen werden müssten, die nicht genommen werden können. Der Rat könne entscheiden die Stunden in den Stellenplan aufzunehmen, aber die Umsetzung werde, seinem Erachten nach, nicht funktionieren.

Herr Kiel führt aus, die CDU-Fraktion weiche von ihrer Position nicht ab und wolle in das bestehende System, das sich über Jahre gebildet habe und gut funktioniere, nicht eingreifen, zumal der ermittelte Bedarf sehr gering gewesen sei. Aufgrund der vorliegenden Zahlen und des fehlenden Personals, dessen Einstellung jetzt schon schwierig sei, möchte die CDU das Modellprojekt kurzfristige nicht umsetzen. Eine Erhöhung im Stellenplan und insbesondere eine Erhöhung ohne Modellprojekt, stelle eine Änderung des Systems dar, die seitens der CDU-Fraktion nicht mitgetragen werden könne, weil es nicht praktikabel sei. Die Gründe hierfür habe der Bürgermeister bereits ausgeführt. Ein weiterer Aspekt seien die Kosten, die, sollte die Maßnahme vom Landesjugendamt nicht getragen werde, bei der Gemeinde hängen bleiben würden. Dies bedeute im Umkehrschluss, dass über den Elternbeitrag nachher die Kosten der Aufpersonalisierung, natürlich im Vergleich zum aktuellen Stand, von den Eltern mitgetragen werden müssten. Er könne sich gut daran erinnern, dass die Kollegen von der SPD vor einem gewissen Zeitraum, als man die Kitabeiträge gesenkt habe, sinngemäß von der „größten Lohnerhöhung“ gesprochen habe, die man in den letzten Jahren erhalten habe. Wenn man jetzt das Personal auf diese Stundenanzahl erhöhe, sei nicht nur die „größte Lohnerhöhung“ weg, sondern es würden neue Kosten verursacht. Aus den Gründen sehe die CDU zum jetzigen Zeitpunkt keinen Anhaltspunkt zur Umsetzung des Projektes.

Der Vorsitzende möchte noch ergänzen, wie von Herrn Schmidt angesprochenen, dass das Land den Personalschlüssel festlege.

Herr Dr. Steinrücken merkt an, er habe der Erweiterung der Öffnungszeiten zugestimmt, weil er eine gewisse Notwendigkeit für die Kinder sehe und erläutert dies am Beispiel der Betreuung durch den Förderverein, bei dem festgestellt wurde, dass über den Betreuungsanfang von 7:30 Uhr morgens ein Bedarf bestanden habe und erläutert dies ausführlich. Er habe diesem Antrag zugestimmt, weil er finde,

dass auch hier in Heusweiler eine Kita eine Anlaufstation haben sollte. Dies halte er persönlich für sehr wichtig und möchte daher vom Bürgermeister wissen, ob es in einer der Räumlichkeiten eine Chance gebe, so etwas umzusetzen. Er suche eine Lösung für Kinder.

In der nachfolgenden Diskussion erläutert der Vorsitzende, dass eine längere Öffnungszeit nur mit mehr Personal umgesetzt werden könne. Eine Umsetzung sei abhängig von der Zeit und den Wartelisten. Näheres könne er nicht benennen, weil zuvor viele Unbekannte stünden. Der Rat müsse sagen, wie und wo eine Umsetzung erfolgen solle. Er weist darauf hin, dass es nicht mehr Kinder würden, sondern die Kinder nur länger in den Einrichtungen verbleiben würden. Aufgrund des plakativen Beispiels von Herrn Dr. Steinrücken zur Not der Kinder möchte er auch die Not der Kita-Mitarbeiter/innen ansprechen, die ebenfalls die Betreuung der eigenen Kinder zu gewährleisten hätten.

Herr Dr. Reimann möchte kurz ausführen, dass der Änderungsantrag nicht vom Himmel gefallen sei. Man habe im Sommer ein sehr intensives Gespräch mit allen Kita-Leitungen geführt. Danach habe man sich gesagt, dass man von den Öffnungszeiten nicht abrücken wolle. Hierbei habe man auch die Nöte der Einrichtungsleitungen und den Erzieher/innen kennengelernt. Aufgrund des hohen Ausfallstands könne der Status Quo 7:00 Uhr bis 17:00 Uhr nicht mehr gewährleistet sein. Die Erzieher/innen seien bis zur Grenze belastet, so dass man den Änderungsantrag gestellt habe. Durch die Aufnahme der 153 Stunden pro Woche würde der Stellenplan erhöht und somit die Erzieher/innen entlastet, so dass der Status Quo gewährleistet sei. Natürlich koste dies mehr, sei aber eine Frage der Priorisierung. Er erinnert an die Aufstockung des Bauhofpersonals, was eine gute Entscheidung gewesen sei und fragt, warum man dies nicht bei den Erzieherinnen mache.

Der Vorsitzende verweist diesbezüglich auf das Kindergartengesetz, welches vorschreibe, dass für eine gewisse Anzahl an Kindern eine bestimmte Anzahl an Erziehern eingestellt werden müsse. Aufgrund der derzeitigen Situation werde eine Erweiterung der Betreuungszeiten nicht für den richtigen Weg erachtet.

Auf die Frage von Herrn Dr. Reimann, ob man nicht mehr Personal einstellen dürfe oder ob man dies nicht finanziert bekomme, antwortet der Vorsitzende, dass rein theoretisch die Verwaltung mehr Personal einstellen dürfe. Alles was über den Schlüssel hinausgehe, müsse zunächst ohne Prüfung einer Unterstützungsmöglichkeit, von der Gemeinde selbst getragen werden. Es gehe der Gemeinde nicht so schlecht, wie von Herrn Schmidt festgestellt worden sei, was auch richtig sei, aber es gebe auch ein Land, was der Kommune vorschreibe, was sie mit ihrem Geld zu tun und zu lassen habe.

Herr Stefan Schmidt teilt mit, dass die SPD-Fraktion bei ihrem Antrag bleibe. Man wolle mehr Stunden in das System geben und müsste als Gemeindeorgan eine Position gegenüber dem Land beziehen, dass man bereit sei, mehr Geld des Steuergeldes ins System zu geben, die Betreuung von 07:00 bis 17:00 Uhr entsprechend zu gewährleisten und die Mitarbeiter zu entlasten. Bezüglich der Kosten, habe die Landesregierung gesagt, dass man bis 2027 die Eltern komplett kostenfrei stellen wolle. Dies sei in der Mittelfristplanung so abgebildet und fest umgesetzt, auch in den Eckdaten des Haushaltes, den die Landesregierung für das kommende Jahr umgesetzt habe. Von daher gehe man den Weg, die Eltern schrittweise gebührenfrei zu stellen und die Betreuungsqualität in den

Einrichtungen zu erhöhen. Die SPD sei bereit, 153 Stunden, was ca. 4 Vollzeitstellen entspreche, auf die Einrichtungen der Gemeinde zu verteilen.

Herr Manfred Schmidt hält fest, dass hier von reiner Theorie die Rede sei. Man rede von Stellen die geschaffen und Personen die eingestellt werden sollen, auf dem Arbeitsmarkt aber nicht vorhanden seien. Man bekomme kaum das reguläre Personal abgedeckt und habe alle 2-3 Monate Ausschreibungen laufen, um einigermaßen bei den Erzieher/innen über die Runden zu kommen. Jetzt rede man über zusätzliche Stellen im sehr großen Umfang, was für ihn eine reine Luftschlossdiskussion darstelle. Er beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Es folgt eine Sitzungsunterbrechung von 20:17 Uhr bis 20:32 Uhr.

Herr Hill beantragt, den Tagesordnungspunkt aufgrund der vorliegenden Änderungsanträge in den Personal- und Finanzausschuss zu verweisen und bittet diesbezüglich um Abstimmung.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag lauten müsse: „...der Personalbedarf um 255 h...“. Dies müsse entsprechend geändert werden. Er finde es gut, die Angelegenheit nochmals in Ruhe zu diskutieren. Zur Vorberatung sei der Ausschuss für Schule, Kultur, Soziales und demografische Entwicklung (SKS) zuständig.

Der Vorschlag von Herrn Stefan Schmidt, vor dem nächsten Personal- und Finanzausschuss (07.11.2022) eine Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur, Soziales und demografische Entwicklung einzuberufen, werde seitens des Vorsitzenden für schwierig erachtet. Die Verwaltung werde dies intern abstimmen und die Ratsmitglieder informieren.

Herr Stefan Schmidt möchte zur Diskussion stellen, die Leiterinnen der Einrichtungen zur Sitzung mit einzuladen, weshalb er sich für die Beratung im SKS ausspreche.

Herr Manfred Schmidt vertritt ebenfalls die Auffassung, dass der Tagesordnungspunkt zuerst im SKS beraten werden müsse.

#### **Einstimmiger Beschluss:**

„Aufgrund der vorliegenden Änderungsanträge beschließt der Gemeinderat, den Tagesordnungspunkt, unter Einbeziehung der Leiterinnen der Einrichtungen, zur Diskussion und Vorberatung in den Ausschuss für Schule, Kultur, Soziales und demografische Entwicklung. Im Anschluss soll erneut die Beratung im Personal- und Finanzausschuss und abschließend die Beratung und Beschlussfassung im Gemeinderat erfolgen.“

#### **zu 4 Fortschreibung Schulentwicklungsplan der Grundschulen in der Gemeinde Heusweiler Vorlage: BV/0124/22**

Der Vorsitzende erteilt Herrn Groß das Wort.

Dieser erläutert, die Fortschreibung des Grundschulentwicklungsplanes in dem die Schulstandorte mit deren Einzugsgebieten, die Geburtenentwicklung der letzten

Jahre (gemäß Meldeprogramm) sowie die Fortführung der Prognosen für die Jahre bis 2031 aufgrund der aufgestellten Prognosezahlen durch das Kultusministerium enthalten seien. Weiterhin seien die Schulstandorte sowie die mittel- und langfristigen Planungen zur Fortentwicklung der Schulstandorte aufgeführt. Er erläutert die Auslastung der einzelnen Schulstandorte der nächsten Jahre sowie Umstrukturierungs- und Anbaumaßnahmen. Hinsichtlich des Schulentwicklungsplanes sei auch die mittelfristige Planung zur Reaktivierung des Schulschwimmbeckens in der Grundschule Eiweiler angesprochen worden. Es wäre schön, wenn in Heusweiler die Grundschulen im Vormittagsbereich und die Vereine im Nachmittagsbereich wieder schwimmen könnten. Derzeit sei man als Gemeinde noch in der glücklichen Lage, für die Grundschulen Schwimmzeiten in Riegelsberg im Schwimmbad der Pflugscheid-Schule zu erhalten.

Auf die Frage von Herrn Kiel, ob mittel- oder langfristig geplant sei, in Eiweiler den Status der Dependance aufzuheben, so dass die Schule wieder selbständig sei, teilt Herr Groß mit, dass dies nicht im Ermessen der Gemeinde liege. Dieser Antrag sei bereits zweimal mit dem Ministerium diskutiert und abgelehnt worden. Hierfür würden die Schülerzahlen von Eiweiler zu Grunde gelegt, die nicht ausreichend seien, um die Eigenständigkeit der Schule nochmals herzustellen. Ein entsprechender Antrag sei seitens der SPD-Fraktion gestellt worden und soll im letzten SKS-Ausschuss des Jahres 2022 behandelt werden. Hierzu sollen die Vertreter des Ministeriums eingeladen werden, um den Sachverhalt erneut zu diskutieren.

Herr Dr. Reimann hält fest, dass man sich über die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans Gedanken gemacht habe. Was man daraus lesen könne sei, dass man zum Ende des Jahrzehnts sehr viele Schülerinnen und Schüler habe und die Klassenräume gerade so passen würden, sofern die Statistik passe. Sollte sich das Neubaugebiet in Holz anders entwickle, habe man zu wenig Klassenräume und zu viele Schülerinnen und Schüler. Im Fazit stehe sinngemäß, dass man gut aufgestellt sei. Dem könne die SPD-Fraktion nicht zustimmen. Sollte es zu einer Änderung des Schlüssels bzw. Klassenteilers kommen oder ein anderes pädagogisches Konzept gefahren werden, würden die Kapazitäten nicht ausreichen. Deshalb könne die SPD nicht zustimmen und werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Herr Dr. Steinrücken möchte sich für diesen tollen Bericht bedanken, der sehr informativ sei, und die ganze Breite der Bildungslandschaft, außerhalb der Volkshochschule, abdecke.

#### **Einstimmiger Beschluss bei 9 Stimmenthaltungen (SPD):**

„Der Gemeinderat beschließt, dem Schulentwicklungsplan 2022 / 2027 wie von der Verwaltung vorgeschlagen zuzustimmen.“

zu 5

#### **Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung Vorlage: BV/0117/22**

#### **Einstimmiger Beschluss:**

„Der Gemeinderat beschließt, der Beihilfe-Umlage-Gemeinschaft der Ruhegehalts- und Versorgungskasse des Saarlandes zum 01.01.2023 beizutreten.“

## **zu 6        Mitteilungen und Verschiedenes**

### **zu 6.1     Fragestellung im Ortsrat Holz**

Herr Mund spricht seine Fragen aus dem Holzer Ortsrat an, die im Sitzungsverlauf nicht beantwortet werden konnten, weshalb er eine schriftliche Anfrage an die Verwaltung gestellt habe, mit der Bitte die Fragen bis zum 01.09.2022 zu beantworten. Am kommenden Montag finde die Sitzung des Ortsrates statt, so dass es schön wäre entsprechende Antworten zu erhalten.

Frau Nowack teilt mit, dass Sie die Fragen heute erhalten und entsprechend beantwortet habe. Die Antworten wurden an den Ortsvorsteher, Herrn Paul, weitergeleitet.

### **zu 6.2     Grundstücksvergabe Am Westfeld in Holz**

Herr Roos bezieht sich auf die Grundstücksvergabe Am Westfeld in Holz. Er möchte wissen, ob die Bewerber, die zuerst gezogen wurden mittlerweile alle angeschrieben wurden und die Rückmeldungen erfolgt seien.

Der Vorsitzende antwortet, dass zum Teil bereits die dritten und vierten Bewerber angeschrieben wurden.

Frau Nowack teilt mit, dass noch Grundstücke offen seien.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:49 Uhr und fährt nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit mit der Tagesordnung fort.